

wenigen Schultern. In diesem Zusammenhang muß man aber feststellen, daß wir tatkräftige Unterstützung aus der Umgebung bekommen haben (Celle, oder zumindest Angebote dafür (Bückeburg u.a.)). Differenzen in der Vorbereitung sind uns aus Bremen und Hamburg bekannt. Daraus wollen wir im einzelnen nicht eingehen, nur soviel: In Bremen wird faktisch nicht mobilisiert, aber Freunde der BBA selbst wollen kommen. In Hamburg gab es ziemlich früh einen Vorbereitungsausschuß des autonomen Plenums, der von 5 - 8 Stadtteilgruppen getragen wurde. Er hat ein eigenes Flugblatt erstellt, und für Samstag 2 Busse organisiert. Im Delegiertenplenum ist die Auseinandersetzung, die auf den Vorbereitungs-konferenzen geführt worden ist, garnicht so richtig zum tragen gekommen, oder zumindest sehr spät. Dafür haben dann einzelne BIS ungefähr 10 000 Flugblätter bestellt, sodaß also in Hamburg doch einiges zu laufen scheint.

#### Zur weiteren Vorbereitung

Nach diesem Info erscheinen noch 2 Plakate: 1) direkt zur Veranstaltung, das wohl nur für den norddeutschen Raum interessant sein dürfte. 2) ein Plakat, das den genauen Ablauf, was passiert usw. angibt. Telefonisch bestellen!

Für Donnerstag, 11.00 Uhr haben wir in Hannover im Raschplatzpavillon zu einer Pressekonferenz eingeladen.

Ansonsten werden wir uns auf die konkrete Vorbereitung in Hannover selbst konzentrieren.

Das INFO-BÜRO ist ab sofort besetzt täglich 15.00 Uhr bis 22.00 Uhr.

#### II. Zum Wochenende

##### 1) Veranstaltung

Die Veranstaltung am Freitagabend wird vom ASTA der TU gemeinsam mit den Bürgerinitiativen durchgeführt und findet im Audi-Max statt. Verbündlich zugesagt haben für das Podium: Grohnde-Angeklagter und Anwalt, W.Soyka, ein Meiert-Euch-Kandidat, Jens Scheer, Richter H. Ostermeyer. K.Traube hat aus terminlichen Gründen abgesagt, mit anderen Freunden stehen wir noch in Kontakt. Möglich ist u.U. noch die Teilnahme eines Mitglieds der BI Lüchow-Dannenberg.

Wir schlagen vor, in den Mittelpunkt der Diskussion Thesen zu stellen, die etwa lauten könnten:

- Was bedeutet die These vom Atomstaat,
- Atomfizz und Unvereinbarkeitsbeschlüsse,
- Die Anti-AKW-Bewegung - Ausdruck demokratischen Widerstandes oder kriminelle Schwerkverbrecher,
- Wie kann gemeinsam gegen die Einschränkungen demokratischer Freiheiten vorgegangen werden.

Weitere Vorschläge?

Wenn Ihr Freitag schon von außerhalb nach Hannover kommt, meldet Euch bitte möglichst früh bei uns, damit wir die Schlafplätze einigermaßen in den Griff bekommen.

##### 2) Demonstration

Die Demonstration ist soweit erstmal genehmigt. Sammelplatz ist am Weltbunker (siehe Karte), der Wellenplatz. Das ist nicht so furchtbar günstig, weil auf einer Seite direkt eine Polizeikaserne angrenzt. Aber wenn wir wirklich diesmal auch durch ein Wohnviertel demonstrieren wollen, gibt es leider keinen besseren Platz... Treff ist ab 10.00 Uhr mit Musik und Theater. 10.45 Uhr kurze Ansprachen, 11.00 Uhr Abmarsch, wobei wir möglichst keine Verspätung in Kauf nehmen wollen, damit das Folgeprogramm nicht beschnitten wird.

Genaue Infos zur Anreise liegen bei. Bitte ruft uns an, wenn Ihr bei Euch losfahrt und sagt, wann ihr ungefähr hier seid und mit wieviel Leuten Ihr kommt. Dann können wir einigermaßen kalkulieren.

Die Büchertische vor und während der Demonstration sind angemeldet. Wer sich bereit erklärt hat einen Tisch zu übernehmen muß uns mitteilen, wann

Hannover, 04 - 06 - 78

#### Info Nr. 6

Liebe Freunde!

Wenige Tage vor den hannoverschen Aktionstagen noch einmal ein Vorbereitungsinfo. Es hat im wesentlichen 3 Aufgaben:

- 1) zusammenfassende Darstellung des Standes der Mobilisierung,
- 2) genaue Information über das Wochenende selbst und
- 3) Material für Arbeitstreffen.

Insgesamt sind wir der Meinung, daß durch die wöchentlichen Infos erreicht worden ist, daß in der Vorbereitung bundesweit eigentlich immer der gleiche Informationsstand vorhanden war. Das ist wichtig, weil in vielen Fällen die Unsicherheit, die über Großaktionen herrschte, die meist ohnehin kurze Mobilisierungs- und Vorbereitungszeit noch verkürzte. Dieser Fehler ist wohl bei fast allen großen Aktivitäten der Anti-AKW-Bewegung gemacht worden. Wir haben versucht ihn zu vermeiden.

Bitte teilt uns am Wochenende mit, wie weit das gelungen ist, damit wir im Rahmen des Arbeitstreffens auch diese Erfahrung auswerten können.

#### I. STAND DER VORBEREITUNGEN UND DER MOBILISIERUNG

Soweit wir das überblicken können, läuft die Vorbereitung für das Wochenende ganz gut. Die Unterstützerliste unter dem Aufruf ist noch erheblich länger geworden, bis hin nach Niederlande. In ziemlich vielen Orten fanden und finden Veranstaltungen mit Grohnde-Angeklagten statt. Einige BIS haben uns mitgeteilt, daß in der Vorbereitung des Aktionswochenendes es ihnen wieder gelungen ist, ihre Kontakte Kontakte anzusprechen und ihre Arbeit zu stabilisieren (Bsp. Emden). Andere Orte, z.B. Siegen, hoffen mit mehr Leuten nach Hannover zu kommen, als sie etwa nach Kalkar gefahren sind. Wir haben den Aufruf jetzt in über 50 000 Exemplaren in Umlauf gebracht, die Plakate in knapp 10 000 Exemplaren. Mehrere Orte haben eigene Flugblätter gedruckt.

Wichtigstes Ergebnis der Vorbereitung des gesamten Wochenende ist aber wohl, daß die Frage der Kriminalisierung und wie der Kampf gegen sie zu führen ist, verstärkt geführt worden ist, was sich hoffentlich im Arbeitstreffen niederschlägt.

Wir kennen bundesweit keine prinzipielle Ablehnung gegen die Aktion. Wir wollen aber (was uns teilweise unterstellt wurde), Schwierigkeiten und Differenzen nicht verschweigen. Schwierig ist die Situation v.a. in Hannover selber. Zwar unterstützen die XX arbeitenden BIS die Aktion nach Kräften durch Flugblattverteilen, plakatieren, eigene Aktivitäten, oder wie eine BI durch einen größeren Kredit für die Vorbereitung. Die eigentliche Vorbereitungsarbeit (und das ist nicht wenig), ruht doch nur auf ziemlich

#### - ACHTUNG - EILT -

Es gibt für die letzte Woche zur letzten Mobilisierung noch 2 Plakate in kleiner Auflage:

- 1) Veranstaltungsplakat  
schwarz auf grün, A 3
- 2) Programmplakat für ganze Wochenende  
2 farbig A 3

Wenn Ihr welche haben wollt:

- anrufen (0511/ 31 91 82)
- wir schicken umgehend per Eilpost los
- Ankunft am folgenden Tag!

Außerdem sind noch Restbestände vom 1. Plakat da.

Dienstag wird letztmalig der Aufruf mit Unterstützerliste und vollständigem Programm gedruckt.

Mittwoch für alles:

allerletzter Versandtermin!

Pressematerial



er Samstag in Hannover ankommt.

Die Niederländer, die die Demonstration unterstützen, wollen einen Kunftsbeitrag halten. Wir haben das zugesagt.

#### Nochmal zum Charakter:

Die Mückeburger haben uns geschrieben: "Wir unterstützen die Demo ..., allerdings nicht bedenkenlos. Es sollte diesmal auf jeden Fall eine Konfrontation vermieden werden, weil sonst die ganze Demo hinfällig wäre." Solche Bedenken sind von ziemlich vielen Stellen gekommen und beziehen sich auf die Demonstration am 25. Februar, an der es Zwischenfälle gab, die nicht von allen Teilnehmern getragen wurden. Wir haben auf einer der Vorbereitungskonferenzen mal festgehalten, daß alle Aktivitäten der Demonstration dem Ziel der Demonstration dienen sollen.

Anfragen sind bezügl. unseres Vorschlages gekommen, Ortsschilder mitzubringen. In einem Brief heißt es: "Die Ortsschilder ermöglichen den Bullen doch eine viel bessere und schnellere Auswertung Ihrer Bilder." Das ist wahrscheinlich ziemlich richtig. Aber die Frage ist dann doch wohl eher, wie weit wir bereit sind, uns zu verstecken, statt die bundesweite Gemeinsamkeit unseres Kampfes gegen die Kriminalisierung zum Ausdruck zu bringen. Einige Orte (z.B. Kassel) haben solche Ortsschilder vorbereitet und werden sie mitbringen. Wir finden das auch nach wie vor richtig, aber wenn BIs der Auffassung sind, daß das zu gefährlich ist, bleibt die Entscheidung darüber natürlich jeder BI überlassen.

#### Demo-Leitung:

Einige Verwirrung haben die verschiedenen Vorschläge zur Demo-Ltg. gebracht. Sicherlich hat eine Demo-Ltg. in Hannover nicht so eine Bedeutung, wie in Brolsdorf, Grohnde oder Kalkar. Aber gerade desolate Charakter der Demonstration vom 25. Februar, die Zwischenfälle und unser unkoordiniertes Verhalten zeigen, daß eine solche Einrichtung einigen Wert hat.

Für Hannover ist eine Kern der Demo-Ltg. bereits festgelegt. Die Frage ist also, und das können wir von hieraus nicht bestimmen - wo gibt es legitim bestimmte Beauftragte (bsp. MKW ?), die in der Demo-Ltg. mitarbeiten. Das Treffen der Vertrauensleute am Lautsprecherwagen soll nicht den Sinn haben, dann eine Demo-Ltg. auszukugeln, denn die Beauftragten solcher Regionalverbände werden dann ja wohl schon feststehen. Vielmehr sollen morgens die Information gesammelt und ausgegeben werden, und die Demo-Ltg. zur Kenntnis genommen werden. Wenn es dann noch irgendwelche Differenzen gibt, kann man weitersehen.

X

#### 3. Arbeitstreffen

Räumlichkeiten für das Arbeitstreffen geben wir hier noch nicht an. Das erfolgt genauer erst auf der Demonstration. Klar ist soviel: Treffen für das Arbeitstreffen ist um 16.00 Uhr vor dem Audi-Max der TU. Wenn Ihr Büchertische usw. aufstellen wollt, kommt bitte früher (möglichst früh) zu dieser Anlaufstelle. Da steht ein Info-Dienst, der Euch einweist.

#### Charakter:

Über den Charakter des Arbeitstreffens gibt es noch sehr unterschiedliche Vorstellungen. So äußerte eine Delegierte auf dem Hamburger BUU-Delegiertenplenum, das Arbeitstreffen sei dafür, daß es für das nächste halbe Jahr richtungsweisend sein solle, viel zu schlecht vorbereitet. Und in Hannover wurde auf einem Vorbereitungstreff gesagt, Material solle überhaupt nicht verschickt werden, dadurch würde das Treffen einen viel zu organisierten Charakter erhalten.

Wir würden das Arbeitstreffen plakativ so sehen: - Information über die Standorte, - Erfahrungsaustausch über die Arbeit und Fragen der BIs, - Diskussion der anstehenden Aufgaben und Fragen. Insgesamt haben wir immer vom Beginn einer Bundesweiten Diskussion gesprochen. Mehr sollte man sich erst mal bitte nicht versprechen. Aber das ist eigentlich auch schon ziemlich viel.

Was sich inhaltlich abspielt, daß hängt ganz von der Vorbereitung ab, die die Teilnehmer selbst machen und wie weit sie sich einbringen wollen/können/tun.

Was wir bis jetzt an Materialien mitschicken können ist nicht allzuviel. Einige BIs bringen nach Sachen auf dem Treffen selbst ein.

#### 4. Organisatorisches

- a) Für Leute aus der Umgebung, die uns noch organisatorisch am Freitag unterstützen wollen: Treff ist um 18.00 Uhr, Raschplatzpavillion. Bitte stellt Euch darauf ein, gleich in Hannover zu bleiben.
- b) Benutzt bitte für alle Anfragen und Informationen das bekannte Telefon 0511 / 31 91 82. Auch während des Kongresses. Darüberhinaus steht zusätzlich das Info-Büro in dem UJZ-Glocksee zur Verfügung (ab Freitag). Aber wir möchten die Leitung möglichst ein bißchen freihalten.
- c) Schlafplätze sind organisiert. Was Ihr braucht sind nur Luftmatratzen und Schlafsäcke nötig (Das Aufbauen einer Zeltstadt wurde uns unter-sagt).
- d) Die Anfahrt und Verkehrsleitung ist organisiert. Auf beiliegendem Verkehrsausschuß-Info findet Ihr Eure Abfahrt, die aber auch ausgeschildert ist. Wir stellen Info-Punkte auf, die Euch durch die Stadt lotzen. Kommt mit den Bussen direkt zum Welfenplatz, steigt aus und wir sagen Euch dann, wo ihr die Busse hinschicken könnt. Sie sollen Euch abends am Hauptgebäude der TU abholen (auch schon nach der Demo).
- e) Abfahrt solltet Ihr möglichst mit den Veranstaltungen koordinieren. Für Leute, die nur Samstag bleiben, schlagen wir 21.30 Uhr als Abfahrts-termin vor.

#### 5. Finanzen

Es kommt jetzt langsam einiges Geld rein, was wir auch dringend brauchen. Dafür erstmal Dank. Wir haben z.Zt. 3400,- DM Schulden, wovon 1600,- geliehene Gelder sind und 1800,- DM Druckschulden. Kasse und Konto ca. 1250,- DM. Weitere Kosten: Dies Info, Druck und Porti; Aufrufneuaufgabe, LKW-Miete für Demo. Wenn Ihr jetzt noch Geld habt (Spenden oder Bezahlung), dann überweist sie nicht mehr, sondern bringt sie uns Samstag mit (gegen Quittung an Klaus). Gute Erfahrungen sind übrigens damit gemacht worden, bei Vorbereitungsaktionen zu sammeln. Wir werden am Wochenende in Hannover (Demo) auch nochmal breit sammeln. Und denkt dran: Der Überschuß geht an die Grohnde-Prozess-Konten !

Die Vorbereitungen sind in die heiße Phase eingetreten !

Also: auf zum Endspurt (obwohl das Wochenende nur eine Etappe ist) !

Auf gutes Gelingen und mit unverseuchten Grüßen !

Eure Vorbereitungsgruppe Hannover !



## Kurzbericht über den Widerstand gegen das AKW Esenshamm

1969: Der Oberkreisdirektor des Landkreises Wesermarsch, Bernhard, kündigt heimlich mit dem Energiekonzern NWK einen Standort aus für das „größte Kernkraftwerk des Planeten: Esenshamm an der Unterweser.“ Bernhard ist dabei „Vertreter der NWK“ (Grundstücksaufkäufer). Aufsichtsrat der NWK-Tochter EWE und oberster Genehmigungsbeamter für die wasserrechtlichen Genehmigungen für das AKW in einer Person.

1971: Genehmigungsantrag (Ableitung von 1600 Ci Tritium und 10 Ci sonstige Radionuklide pro Jahr) und Baubeginn sind im Frühjahr. Es bildet sich eine Bürgerinitiative, die spontan ca. 1000 Unterschriften gegen das AKW zusammenbringt. Im Sommer läuft unter Bernhards Vorsitz die Farce einer Erörterung über die Einwendungen gegen das AKW ab.

1972: Zum Jahresbeginn kann die förmliche Genehmigung immer noch nicht erteilt werden, weil Gutachter eine stärkere Betonschutzhülle verlangen, als sie die bereits fertiggestellten Fundamente aufnehmen können; durch Weisung wird die Sicherheit des AKW schließlich für ausreichend erklärt.

Mitte des Jahres wird die 1. Teilgenehmigung (Atom) für das Konzept, den Standort und die Fundamente erteilt unter folgenden Auflagen:

- kein Abwasser ins Butjadinger Bewässerungssystem,
- Bau von Kühltürmen oder entsprechendem,
- verbindliche Entscheidungsgrundlage ist der in Arbeit befindliche Wärmelastplan (WLP) Weser.

1973: Mitte findet der erste Erörterungstermin für die wasserrechtlichen Genehmigungen statt und muß unfertig abgebrochen werden. Sofort danach erteilt Bernhard heimlich nur der NWK die 1. Teilgenehmigung (Wasser). Ende des Jahres findet der 2. Wassererörterungstermin statt und muß wieder abgebrochen werden.

1974: Mai kommt endlich der WLP-Weser heraus: keine weitere Erwärmung der Unterweser (Tidegewässer) mehr. Die niedersächsischen Behörden sind ratlos und setzen schließlich in einem Geheimerlaß den WLP-Weser im Bereich Esenshamm außer Kraft.

In jetzt angesetzten 3. Wassererörterung muß Bernhard seinen Vorsitz wegen Befangenheit (Grundstückmaklerei für die Antragstellerin NWK) niederlegen.

1975: Mitte des Jahres wird die Bürgeraktion Küste (BAK), ein Zusammenschluß norddeutscher Bürgerinitiativen Umweltschutz neu organisiert. Es werden wenige ausgesuchte Kläger finanziell, wissenschaftlich und organisatorisch voll unterstützt.

1976: Januar Demonstrationen in Butjadingen

Im Mai wird die fast 500seitige Klagebegründung der BAK gegen das AKW vorgelegt. Im Juni wird die 7. TG (Atom) für den Probelauf des AKW auf Antrag der BAK gerichtlich gestoppt, nur durch Tricksen mit den Wassergenehmigungen gelingt den Behörden der Probe- lauf dennoch. Im September ergeht ein vernichtendes Teilurteil gegen die Wassergenehmigung: erwärmtes Wasser darf in die Weser nicht eingeleitet werden.

1977:

## Esenshamm von 1000 Demonstranten besetzt

Esenshamm (dpa). Zwischen 1200 und 1500 Demonstranten haben gestern mit einer vorübergehenden Besetzung des Kernkraftwerks- geländes Esenshamm gegen die für das Jahres- ende erwartete probeweise Inbetriebnahme des 1300-Megawatt-Kernkraftwerkes Unterweser protestiert. Bei der Aktion, die von der Bremer „Bürgerinitiative Küste“ als friedliche Demonstration geplant worden war, sondierten sich Gruppen von Kernenergiegegnern ab, brachen mit Gewalt die Werkzeuge auf, rissen den Maschendrahtzaun auf etwa 100 Meter Länge nieder und zerstörten Telefonschaltkästen und zahlreiche Warnschilder auf dem Bauplatz. Ihnen folgten etwa 1000 Demonstranten, die das Gelände etwa eine Stunde lang besetzten.

Eine Hundertschaft der Polizei ging gegen die gewalttätigen Demonstranten vor und händerte sie unter Einsatz des Schlagstocks, bis zu den Kraftwerksgebäuden sowie dem Informationspavillon vorzudringen. Dabei nahmen die Branden drei Demonstranten vorübergehend fest. Nach Angaben der Polizei bildeten rund 400 Kundgebungsteilnehmer aus Bremen den „harten Kern“ der Demonstranten. Bei ihnen wurden zahlreiche Werkzeuge und Schlagwaffen gefunden und sichergestellt.

Der Bundesverband Bürgerinitiative Umweltschutz (BBU) hat an Bundesinnenminister Werner Maihofer (FDP) appelliert, die Zustimmung zum vorläufigen Betrieb der Atomkraftwerke in Esenshamm an der Unterweser und in Ohu an der Isar zurückzunehmen.

Oldenburg, d. 27.1.1978

In der Klage der Bürgeraktion Küste (BAK) gegen den Niedersächsischen Sozialminister und den Landkreis Wesermarsch wegen der ihrer Meinung nach rechtswidrigen Genehmigungen für das Atomkraftwerk an der Unterweser konnte am Freitag vor dem Verwaltungsgericht Oldenburg ein weiterer Teilerfolg errungen werden:

Das Gericht erklärte den Versuch der beklagten Genehmigungsbehörde für rechtswidrig, die Umweltschutzaufgaben der 1. Teilgenehmigung von 1972 durch deren Fortlassung in einer geänderten Fassung von 1977 zu umgehen, um der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK) eine baldige Inbetriebnahme zu ermöglichen.

Das Gericht, das die Betroffenheit der am Butjadinger Bewässerungskanal wohnhaften Kläger Lübben und Telefeld ausdrücklich bejahte, setzte damit die ursprüngliche Auflage wieder in Kraft, daß in das Sied und die Gräben kein radioaktives Abwasser aus dem Atomkraftwerk gelangen und verseuchtes Wasser niemals (auch bei Sturmflut) nicht auf landwirtschaftlich genutzte Flächen spülen darf. Gleichzeitig wurde damit auch der Trick der Landesregierung vereitelt, durch die Aufhebung des Wärmelastplans Weser und Veränderung der entsprechenden Genehmigungspassagen dem Klageerfolg des Fischers Gustav Schäfe aus Brake den Boden zu entziehen. Dieser hatte nämlich 1976 vor Gericht gewonnen, weil die Auflage der 1. Teilgenehmigung zur Erfüllung des Wärmelastplans und zum Bau von Kühltürmen offensichtlich von der NWK nicht eingehalten wurden. Nun gelten diese Auflagen wieder unumstritten und das Oberverwaltungsgericht Lüneburg, die 2. Instanz in dieser Wasserrechtsgeschichte, wird es schwer haben, ein anderes Urteil zu finden.

Blamiert hat sich in dieser Sache auch der Bremer Senat, der immer vorgab, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten. Er fiel auf den Trick der Niedersachsen herein, erkannte die Änderungen an und zog seine Klage zurück, weil bis 1982 Kühltürme garantiert wurden.

Das Niedersächsische Sozialministerium handelte bei der umstrittenen Änderung eindeutig im Interesse der Atomindustrie, in diesem Falle der NWK. Deshalb war diese Änderung rechtswidrig; denn, so sagte der Vorsitzende des Gerichts wörtlich: „es müssen bei einer für die Umgebungsbevölkerung nachteiligen Abänderung eines Genehmigungsbescheides auch deren Interessen im Vordergrund stehen!“

Das Teilurteil des Oldenburger Verwaltungsgerichts versetzt die juristische Auseinandersetzung also wieder in den alten, für die Kläger günstigeren Stand. Wie sieht es aber nun im Gesamtverfahren aus?

Die Richter hielten die Sache insgesamt noch nicht für entscheidungsreif und verkündeten zusammen mit dem Teilurteil einen Beweis- u. Auflagenbeschluss:

- Es soll von Prof. Feldt (Gerichtsgutachter) eine Stellungnahme zu seinen neuesten Sedimentationsmessungen (Schlickablagerung) abgegeben werden im Hinblick auf die von Klägerseite durch Prof. Bleck vorgetragenen enormen Belastungswerte durch radioaktives Cäsium.

- Das Wasserwirtschaftsamt Brake soll Auskunft geben über die Bewässerungssysteme rechts der Weser. Bisher waren nur die linken Einlaßsiele erörtert worden, weil unmittelbar dort das radioaktive Abwasser des Atomkraftwerks eingeleitet wird.

- Die Strahlenschutzkommission soll Auskunft geben über den Sicherheitsspielraum der Berechnung von Prof. Feldt hinsichtlich der Belastung im Normalbetrieb über Wasser-Pflanze-Kuh-Milch-Mensch.

- Die Anlagensicherheit (Berstschutz etc.) soll in einem weiteren Beweistermin untersucht werden.

Das Gericht hat es sich also noch nicht zugetraut, in der gegenwärtigen Situation eine abschließende Entscheidung zu fällen. Es verschafft den Klägern und den Bürgerinitiativen die Möglichkeit, durch anhaltend aufrechten Widerstand gegen die Inbetriebnahme dieses Atomwerks sowie gegen das gesamte Atomprogramm noch mehr Menschen zu überzeugen und für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen.



## WAS BEDEUTET DIESES URTEIL?

Das Urteil ist ein Teilverurteil. Eine Schlacht ist gewonnen, nicht der Feldzug gegen das Atomkraftwerk Esenshamm. Aber das Urteil gibt den Bürgerinitiativen Mut. Daß sie dabei nicht übermütig werden, dafür hat das Gericht selbst gesorgt durch die Andeutung seiner ungeheuerlichen und menschenverachtenden Auffassung bezüglich der Gefahr von Flugzeugabstürzen. Der Vorsitzende Richter Harms sagte im Rahmen der Verkündung des Urteils:

Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme ist die Kammer zu der Überzeugung gelangt, daß die Kläger eine Rechtsverletzung nicht darauf gründen können, das Kernkraftwerk sei nicht hinreichend gegen Flugzeugabsturz ausgelegt. Denn das für sie daraus resultierende Individualrisiko ist nach Auffassung der Kammer im Vergleich zu sonstigen Risiken vernachlässigbar. Ob die Auslegung des Kernkraftwerks auch unter dem Gesichtspunkt des Bevölkerungsrisikos ausreichend ist, hatte die Kammer hierbei nicht zu entscheiden. Denn die Kläger sind nur berechtigt, eine Verletzung ihrer eigenen Rechte, nicht dagegen die Interessen der Allgemeinheit geltend zu machen.

Hier wird deutlich, daß wir unseren Widerstand auf allen Ebenen massenhaft entfalten müssen, denn 'die Allgemeinheit' kann schließlich nicht klagen. In Wyhl wurde z.B. das Argument des Kesselberstens anerkannt, obwohl ein solches Ereignis ähnlich wahrscheinlich ist wie ein Flugzeugabsturz. Der starke Widerstand der ansässigen Bevölkerung konnte das Gericht zu diesem Urteil zwingen.

Wie steht es nun mit der drohenden Inbetriebnahme aufgrund einer eventuell überraschend erteilten 8. Teilgenehmigung? Sie war bisher durch das Ergebnis eines Eilverfahrens der BAK blockiert. Der Rechtsbeistand der Kläger, Prof. Hinz sagte dem PROZESSKURIER dazu:

"Das heutige Teilverurteil ist als Ergebnis zu unseren Gunsten zu werten. Wenn es aber für das Gericht schon vorher Gründe genug gab, eine Inbetriebnahme zu verhindern, dann gilt das jetzt erst recht."

Das Gericht wird bis spätestens zum 3. Februar einen Beschluß hierzu fällen.

So sehr wir uns über den Teilerfolg der Kläger der Bürgeraktion Küste freuen, so sehr müssen wir betonen, daß wir uns auf die Gerichte nicht verlassen dürfen. Das haben wir erfahren!

Alle Menschen, die erkannt haben, daß Atomkraftwerke unser Leben gefährden, müssen weiterhin und noch verstärkt der Regierung und den Gerichten deutlich machen, daß sie diese lebensbedrohenden Anlagen niemals hinnehmen und dulden werden. Nur dann wird das Ziel erreicht werden, nicht etwa Atomkraftwerke mit verbesserten Sicherheitsvorkehrungen zu haben, sondern das ganze Atomprogramm zu beenden und die laufenden Anlagen zugunsten umweltfreundlicher Technik stillzulegen.

Am 10.5. wurde die Betriebsgenehmigung erteilt  
Über die Klage dagegen soll erst Ende Juni, nach einer weiteren Verhandlung, entschieden werden.

## Wie steht's mit der Klage?

Im Januar hatte das Verwaltungsgericht in Oldenburg eine Änderung der Baugenehmigung für unzulässig erklärt, die die niedersächsische Landesregierung zugunsten der Atomfirma NWK an der ursprünglichen Genehmigung angebracht hatte, um dem Klageerfolg des Fischers Schäfte aus Brake gegen das Atomwerk den Boden zu entziehen. In der alten Genehmigung war noch unter sagt, radioaktiv verseuchtes Wasser in das Butjadinger Bewässerungssystem einzuleiten. Da das bei dem gewählten Standort unmöglich ist, hatte die Regierung diese Bestimmung einfach aufgehoben. Genauso geschah es mit dem Wärmelastplan der Weser, weil er nicht einzuhalten war. Während der Bremer Senat seinerzeit diese krummen Touren anerkannt und seine Klagen gegen das Atomkraftwerk zurückgezogen hatte, erklärte das Gericht die Änderungen für rechtswidrig.

- Allerdings nicht, weil die radioaktive Verseuchung des Wassers abzulehnen sei, sondern nur, weil bei der Abwägung der Interessen von Industrie und Bevölkerung die letzteren nicht ausreichend berücksichtigt seien.

Nun hat die Regierung also eine neue Genehmigung erteilt, die gegen die Argumente des Gerichts "wasserdicht" sein soll. Das heißt also: - in der einige abwägende Worte zu den Interessen der Bevölkerung und vielleicht eine gewisse Verringerung der abzugebenden radioaktiven Giftstoffe enthalten sein werden. Die zahllosen anderen Argumente, die die Atomkraftgegner und Kläger gegen das Werk anführen, interessieren die Regierung dabei überhaupt nicht:

- Es gibt keine unschädliche Strahlendosis! Selbst die geringste künstliche Strahlenbelastung wird deshalb unweigerlich zu einer Erhöhung der Krebsrate führen.
- Die Genehmigungen und das ganze Atomprogramm sind verwaltungsrechtlich nichtig, weil sie zu rechts- und sittenwidrigen Konsequenzen führen: Die Inkaufnahme der Tötung Hunderter von Menschen durch den Normalbetrieb von Atomwerken.
- Die Gefahr, daß bei einem Flugzeugabsturz die viel zu dünne Betonkuppel des Atomwerks bei Esenshamm zerschlagen wird und Giftstoffe für Zehntausende von Toten freisetzt, bedroht ganz Norddeutschland.

Das Gericht wühlt sich mühsam durch die Prozeßmaterie: Am 2./3./5. und am 8. Mai wird in Oldenburg über die radioaktiven Stoffe aus dem Schornstein und die Betriebssicherheit des Werkes weiterverhandelt.

Also neue Hoffnung?

Nein! Wir haben inzwischen erkannt, daß die Gerichtsurteile langfristig immer wieder durch Verwaltungstricks zugunsten der Atomindustrie unterlaufen werden. Das ist auch gar kein Wunder! Wenn man sich die Urteilstexte genauer ansieht, so waren sie alle im Ansatz bereits darauf angelegt, den Genehmigungsbehörden Hinweise zu geben, wie die Genehmigungen aussehen müssen, um nach bürgerlichem Recht weiteren Klagen widerstehen zu können. Gerichtsurteile gegen das Atomkraftwerk Esenshamm dienen daher de facto immer den Kraftwerksbetreibern, nicht den Klägern. Denn es sind die Gerichte eines Staates, der das Atomprogramm mit allen Mitteln durchsetzen will.

Alle Menschen, die erkannt haben, daß Atomkraftwerke unser Leben gefährden, müssen deshalb weiterhin und verstärkt der Regierung und den Gerichten deutlich machen, daß sie diese lebensbedrohenden Anlagen niemals hinnehmen werden. Nur dann werden wir das Ziel erreichen: Nicht etwa Atomkraftwerke mit verbesserten Sicherheitsvorkehrungen zu haben, sondern das ganze Atomprogramm zu beenden und die laufenden Anlagen zugunsten umweltfreundlicher Techniken stillzulegen.



So ungeheuerlich, wie hoch dieses Urteil ist, müssen wir sagen: das ist noch ein "mildes" Urteil! Das Gericht und der Staatsanwalt teilen die Demonstranten in 3 Gruppen ein: die "Unbeteiligten", die "Mitläufer" und den "harten Kern". Jerry wurde als "Mitläufer" verurteilt. das läßt uns die noch folgenden Urteile fürchten!

Am nächsten Montag, 24.4., soll das nächste Urteil verkündet werden, gegen Andreas aus Göttingen. Der Staatsanwalt hat 18 Monate Gefängnis ohne Bewährung gefordert.

Die Gerichte wollen, wie es auch schon die Presse und die Staatsorgane massiv tun, die Bewegung spalten: in kriminelle und friedliche Gegner der Atomtordwerke. Das lassen wir uns nicht gefallen!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Darüber hinaus dienen Prozesse gegen AKW-Gegner der Stimmungsmache und damit der Durchsetzung von weiteren reaktionären Gesetzesvorhaben, wie der Einschränkung des Demonstrationsrechts und der Verschärfung des Versammlungsgesetzes. Diese Entwicklung trifft alle fortschrittlichen Menschen, sie trifft aber heute insbesondere die Anti-AKW Bewegung und dabei nicht nur diejenigen, die die Demonstration vom 19.3. in Grohnde mit allen ihren Widerstandsformen unterstützt haben. Darum müssen alle diese Kriminalisierungsversuche geschlossen zurückdrängen, unabhängig davon, wie wir zu den unterschiedlichen Formen des Widerstandes stehen.

Das Vorgehen der Regierung gegen AKW-Gegner führt allen vor Augen, was heute in unserem Staat schon wieder möglich ist.

Solche Massnahmen können jeden treffen, der für seine Rechte demonstriert, der nicht jeden Angriff der Regierung, jede Unterdrückungsmassnahme widerspruchslos hinnehmen will. Sie richten sich gegen den Arbeiter im Streik wie gegen den Landwirt auf der Treckerdemonstration.

Viele fragen sich, wo soll das noch hinführen, wenn immer mehr verboten wird. Wir meinen, solche Massnahmen sind Schritte in den Unrechtsstaat. Dazu gehören auch solche Tatsachen wie die ungesühnten Todesschüsse der Polizei in den letzten Jahren, die jetzt durch das einheitliche Polizeugesetz selbst gegen Kinder erlaubt sein sollen, solche Schritte sind auch das Kontaktsperregesetz, das jede Verbindung von Gefangenen und Rechtsanwälten verhindern kann.

All das geht nicht nur die Gegner der Atomenergie an, jeder ist aufgerufen zum protest-denn: Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Der Ermittlungsausschuß der BBA ruft deshalb auf zu einer

**DEMO** MONTAG 24.4. 16.30 SAMMELN HBF  
17 UHR ABMARSCH  
18 UHR KUNDGEBG. MARKT

Wir fordern alle Menschen auf, gemeinsam mit uns ihre Empörung über das Vorgehen von Staat und Justiz zum Ausdruck zu bringen. Jeder ist aufgerufen zum Protest!

Es wird heute wieder die Gesinnung verurteilt, die alten Zeiten sind noch nicht vorbei!

RÜCKNAHME ALLER URTEILE GEGEN ATOMKRAFTGEGNER!!!

EINSTELLUNG ALLER STRAF- UND ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN ATOMKRAFTGEGNER!!!

KEINE PROZESSE GEGEN ATOMKRAFTGEGNER!!!

KEIN ATOMKRAFTWERK IN GROHNDE, ESENSHAMM ODER SONSTWO!!!

## WAS GESCHAH IN GROHNDE?

Am 19.3.77 hatten die Bürgerinitiativen des Weserberglandes um Hilfe gebeten, um den Bau des mörderischen Atomkraftwerks Grohnde praktisch zu verhindern. Nachdem Appelle an Regierungen, Petitionen an Parlamente, 14 000 Protestunterschriften und Klagen vor Gericht nicht gefruchtet hatten, erklärten die Bürgerinitiativen "Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!" und wir müssen unsere Forderungen selbst praktisch verwirklichen. Über 15 000 Menschen leisteten dem Aufruf Folge und versuchten diesen Bauplatz zu besetzen. Sie wurden auf brutalste Weise von der Polizei angegriffen, wenige wurden willkürlich herausgegriffen und mißhandelt. Sie sollen stellvertretend für alle wegen schweren Landfriedensbruchs zu langen Freiheitsstrafen verurteilt werden.





Gedanken zur Verbesserung der Zusammenarbeit von (Naturwissenschaftlern, Juristen und Bürgerinitiativen).

Bisher wird auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Unterstützung des Kampfs gegen das Atomprogramm vielfach unkoordiniert gearbeitet. Konzentrationspunkte sind die großen Verwaltungsgerichtsverfahren gegen AKW's samt Erörterungsterminen, daneben die allgemeinverständliche Verbreitung der Wahrheit durch Bücher, Broschüren, Veranstaltungen. In Einzelfällen auch apparative Forschungen zur Umweltbelastung, Messung von Umweltproben.

Bisherige Versuche der überregionalen Kooperation verliefen, u.a. wohl weil kein kontinuierlich arbeitendes Zentrum existierte, das Informationen -ungefiltert natürlich- sammelt und verteilt, das Kontakte vermittelt und bei dem man überhaupt erfahren kann, was wo wissenschaftl. läuft.

Die Gegenseite arbeitet natürlich überregional, dies wird nicht nur aus der planmäßigen Arbeit des Atomforums deutlich, sondern auch z.B. daraus, daß Verw. Gerichtsurteile gegenseitig zitiert und in ihrer jeweiligen Argumentation verwandt werden.

Einge der dringend konkret anstehenden Aufgaben:

Kritik der WAA-Pläne, Gutachten usw. Wir hatten, als der Sicherheitsbericht von Albrecht versprochen worden war, Leute aus der ganzen BRD und darüber hinaus angesprochen, um diese Arbeit aufzuteilen, aus diesen Plänen ist aufgrund der Zurückhaltung des S-Berichts nicht geworden.

Zusammenstellung und Kritik der Verw. Gerichtsurteile, Verbesserung unserer Argumentation an Schwachpunkten. Engste Zusammenarbeit mit den Juristen!

Felduntersuchungen unter direkter Beteiligung der BIs, wie z.B. die Leukämie-Kinder-Erhebung um Lingen; Hinweisen auf Anomalitäten um Gundremingen, Stade muß nachgegangen werden!

Messungen an Proben im Normalbetrieb, Bereitstellung von Probenahmen bei Störfällen (hatte z.B. bei Gundremingen recht gut, bei NWestheim schlechter geklappt). Aufsuchen von apparativen Möglichkeiten außer SAIU. Radioökolog. und auch nichtradioök. Untersuchungen, auch Überwachung mithilfe von Tradescantia-Mutationen. (besonders wichtiges Gebiet für Mitarbeit zahlreicher BIs)

Entwicklung und Austausch von Unterrichtseinheiten zur Atomenergie usw. Erfahrungsaustausch, und sonstiger Austausch von allgemeinverständlichen Darstellungen, insbesondere von fachlicher und darstellungsmäßiger Kritik. Verbesserte Untersuchungen auch auf sozialwissenschaftlichem Gebiet, z.B. Atomstromkosten, Zusammenhang Atomenergie und Beschäftigungszahlen, internationale quantitative Beziehungen, (Export z.B.)

Erfahrungsaustausch von Projekten zur alternativen Energiegewinnung.

Diesen vielfältigen Aufgaben steht eine wachsende Zahl wissenschaftlich qualifizierter AKW-Gegner gegenüber, die z.T. überhaupt keinen entsprechenden Job kriegen werden oder ihn verloren bzw. verlieren werden.

Ebenfalls besteht Bereitschaft vieler BIs, an solchen Aufgaben mitzuarbeiten und auch finanziell dazu beizutragen, daß Leute teil- oder vollzeitlich solche Arbeiten übernehmen können.

In anderen Ländern existiert vielfach schon solche Institution, etwa Miljöcentrum in Schweden, Friends of the earth in England, Amis de la terre in F; auf internationaler Ebene ist das WISE (World information service on energy) in Amstern im Entstehen.

Für die BRD sollte untersucht werden, wie weit existierende Einrichtungen oder Zusammenschlüsse (VdSPB-Ökologie, Ökoinstitut Freiburg, SAIU, ...) in dieser Richtung die Aufgaben übernehmen könnten.

Betr. SAIU bestünde die Möglichkeit, daß eine solche Institution in enger Zusammenarbeit mit dem Forschungs- und Ausbildungsbetrieb der Bremer Uni arbeiten könnte (Examensarbeiten z.B. Apparatives, ...) Finanzierung wird allerdings laufend schwieriger.

Über alles Formelle der Organisation muß noch geredet werden, Grundsatz muß nur sein: Sicherung, daß alle Entscheidungen von der Basis getroffen werden, und keine Diskriminierung aus polit. u. sonstigen Gründen geschieht.



Jens Scheer

Gesundheitliche Auswirkungen der geplanten Wiederaußerarbeitungsanlage bei Gorleben

(Kurze Zusammenfassung eines Vortrags auf der Internationalen Konferenz gegen Wiederaufarbeitung und Endlagerung, Stockholm, 1-3/6/78)

Es wird von den Abgabewerten für Tritium, C14, Kr85, I129 und Plutonium, wie sie laut Sicherheitsbericht geplant sind, sowie von den nach heutigem technischen Stand möglichen Zurückhaltungen)

Es wird die radioaktive Belastung abgeschätzt, die die Bevölkerung Mitteleuropas in einem Umkreis von 800 km zu erwarten hat.

Es handelt sich um rund 300 000 000 Menschen, die im Mittel mit jährlich einem zusätzlichen Millirem bestrahlt werden, bei heutiger Technik, und einem Zehntel Millirem, sofern die geplanten, aber nicht realisierten Zurückhaltevorrichtungen sich verwirklichen lassen sollten.

Die pessimistischsten Schätzungen von Prof. Gofman führen dazu, daß unter einer Million Menschen, die mit 1 Millirem belastet werden, etwa 6,5 Krebsfälle auftreten, die tödlich enden, also hier rund 2000 Todesfälle jährlich, mit heutiger Technik, und rund 200 jährlich mit der geplanten Zurückhalte-Technik

Hinzu kommen ebenfalls nach Gofman, 120 tödliche Fälle von Schilddrüsenkrebs, sofern die geplanten Abgaben von soviel J129, daß es zu einer Dosis von 18 Millirem/Jahr führt, eingehalten werden. Sofern die zulässigen Grenzwerte eingehalten werden, (90 Millirem/Jahr) erhöht sich die Mögliche Zahl der Opfer auf 600 Jährlich. (In die benachbarte DDR darf wesentlich mehr Jod geblasen werden, denn dort sind die jährlich zugelassenen Werte 3000 Millirem/Jahr! - Nimmt man also an, daß die Anlage 40 Jahre läuft, ergeben sich an tödlichen Krebsfällen außer Schilddrüsenkrebs

insgesamt

mit heute vorhandener Technik 20 000 Todesopfer

mit geplanter Technik: 8 000 Todesopfer.

Hinzu kommen an tödlichem Schilddrüsenkrebs:

insgesamt 4200 - 24 000 Fälle.

Etwa die gleiche Zahl ist an Todesfällen infolge anderer Krankheiten als Krebs zu befürchten infolge der Strahlenbelastung.

Unabhängig von den Dosiswerten hat Professor Sternklass Zusammenhänge zwischen den abgegebenen Mengen an Radioaktivität und dem Ansteigen der Kindersterblichkeit beobachtet. Zumindest in einer Reihe von Fällen ist dies statistisch gesichert; in kaum einem Fall ist er eindeutig widerlegt worden.

Aus seinen Zahlen folgt infolge der Abgaben an die Luft bei geplanter Abgabemengen ein Ansteigen der Säuglingssterblichkeit um 10-20%, beim heutigen Stand kann sich die Säuglingssterblichkeit sogar verdoppeln oder verdreifachen! - Dies kann allerdings in den von Sternklass beobachteten Fällen durch die Verstärkung der Wirkung von anderen Umweltgiften durch die radioaktive Strahlung hervorgerufen worden sein.

Insbesondere infolge des Plutoniums, das regelmäßig abgegeben werden soll (etwa 3 Gramm jährlich) sind im Umkreis von 200 km Todesfälle infolge Lungenkrebs zu erwarten, die jährlich zwischen einigen Fällen und einigen Hundert Fällen liegen, je nach den Annahmen über die Wirksamkeit des Plutoniums in der Lunge.

An Erbschäden schließlich sind infolge der Abgaben mit heute vorhandener Technik von 20 - 450 schwere Fälle pro Jahr zu erwarten, bei der geplanten Zurückhaltung immer noch von 2-45.



Health effects of the planned Forster Re processing plant in Central Europe.

The following amounts of radioactivity are planned to be produced in the 1200 tons/year oxide fuel re processing plant, and to be delivered again via a 200 m stack. Note that the technique for retaining noble gases, iodine and tritium in the scheduled amounts have never been realized on an industrial scale. In parentheses are therefore given the radioactive burden due to present available technique.

Isotope	Production rate Ci/y	activity to environment Ci/y	Whole body dose mrem/y	Pop. Dose Pers. rem/y
U-235	$10^6$	235000 ( $10^6$ )	0,06 (0,24)	17000 (67000)
C-14	1000	1000	0,024	6000
Kr-85	$1,5 \cdot 10^7$	824000 ( $1,5 \cdot 10^7$ )	0,01 (0,33)	12000 (232000)
I-129	50	0,2	-see note	

Beta-aerosols 5  
Alpha-aerosols 0,

The population dose (whose use is highly questionable because of variation of susceptibility with age and other parameters!) is calculated for Central Europe, using conventional dispersion models, again underestimating the total dose probably.

Thyroid doses due to iodine is estimated to be 18 mrem/y, pop. dose hence  $12 \cdot 10^6$  thyroid. mrem =  $18 \cdot 10^3$  thyroid. rem annually.

Liquid effluents to the river Elbe are scheduled as follows:

H<sub>2</sub> - 1200 Ci/y  
other activities 0,4 Ci/y.

Hence the following doses are quoted:

Whole body 2 mrem/y, thyroid 2 mrem/y, bone 5 mrem/y.

To estimate health effects from population doses the values of mortality cases /million persons. rem are needed, whose values widely scatter.

Official German quotations are around 10 (Jacobi) for cancer

BEIR-report: 100-450 cancer deaths, 200 - 800 cancer cases

Schmitz-Feuerhake: probable value 600, with range 300 - 1500

older values from Gofman and Tamplin: 500 - 3000 cancer cases deaths

Recent values from Gofman, taking into account age specific susceptibility, a life long plateau after the latent period, and age dependence of mutation number, arrives at the extremely large value of 6500. (Statement before the Nuclear Regulatory Commission) of Oct. 3, 1977.

From the total population dose of 36 pop. rem./year one obtains from Gofman's latest value: 200 cancer deaths/year

with present technique 1200 pop. rem. yield with Gofman's value: approximately 1000 cancer deaths annually.

Values due to the other authors are correspondingly smaller.

Note, however that possible synergistic effects, effects of much higher cancer sensitivity as reported by e.g. Modan, Rocka and Brass have not been taken into account.

For thyroid cancer Gofman argues that most of them will be lethal after sufficient time, hence he arrives at roughly 6500 lethal thyroid

cancers/thyroid. rem, hence additional 120 lethal thyroid cancers annually.

This will be the planned retention of iodine will be realized. Should they be content with keeping up with the level value of 30 mrem/year thyroid dose, there will be 600 fatal thyroid cancers due to Gofman.

Considering a scheduled time of operation for the plant of 10 years the total number of victims due to Gofman will be, with present technology: 80 000 cancer deaths, except thyroid, with planned technology: 8 000 cancer deaths.

Fatal thyroid cancer will amount to additional 4800 - 24 000 cases.

A very rough estimate yields similar numbers for fatalities due to ill health different from cancer as caused by radiation.

For all population dose calculation it was assumed, that the average dose will be 1/230 of the dose at the worst point.

Irrespective of doses infant mortality rises have been observed by Sternglass in relation to gaseous and liquid effluents. Some of his data which we found statistically significant can be summarized:  
Liquid effluents 10 Ci/y: infant mortality rise by 5-10%  
Gaseous effluents 10<sup>7</sup> Ci/y: " 1-2%

The effect due to liquids will be in the order of 10%, while the gaseous burden might cause a rise of 10-20 %, with planned emission rates, and up to doubling or tripling with present technology!

There will be emission of alpha emitters equivalent to 3 grams of Pu-239. The dispersion is difficult to calculate, also the estimates on the lung cancer dose scatter widely. A reasonable consideration of Gofman taking into account inhomogeneous distribution of insoluble Pu particles in the lung but not referring to the hot particle hypothesis, arrives at 10<sup>-5</sup> gram as lung cancer dose. The hot particle hypothesis yields 10<sup>-8</sup> grams. A reasonable dispersion model yields several to several hundreds of annual lung cancer cases within a radius of 250 km.

Genetic risks are even more difficult to estimate.

From the BEIR report one obtains

50 - 1500 severe genetic damages per 10<sup>6</sup> person rem.

Hence with present technology 20-450

with planned technology 2-45 such damages annually.

#### References

- Gofman Statement before the Nuclear Regulatory Committee 3.10.77
- Gofman, Tamplin et al. Environment and Cancer, Williams & Wilkins Co. Baltimore
- Brass, Eisenberg, Journal of Surgical Oncology, 9, 137, 1976
- Schmitz-Feuerhake, Brauer Private comm. ~~Statement for BEIR~~ Berlin, ~~Prüfung Med. Journal Radiol.~~, 49, 593, 597, 1976
- Modan Lancet 1, 1277, 1977
- Sternglass 4th Berkeley Symposium on Statistics, and private comm.
- Carbonell, Diplomarbeit Brauer, C. and Rützel in German edition of Low Level Radiation Oberbaum Berlin
- WAA Gruppe "Atom-11", Rohwilt Hamburg



KPD:

## Wie geht es weiter in der Anti-AKW-Bewegung?

Am 20. April gab sich Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff im Bundestag zufrieden. Die jetzige „energiepolitische Debatte“ könne in „einer wesentlich entspannteren Atmosphäre“ stattfinden als die „beiden vorangegangenen im Herbst und vor allem im Sommer letzten Jahres“ – so begann er seine Rede in der „Aussprache“ über die zweite „Fortsetzung“ des Energieprogramms der Bundesregierung.

Die Bourgeoisie und die Schmidt-Regierung haben ein umfangreiches Arsenal von Methoden entwickelt, um die Anti-AKW-Bewegung einzuschüchtern, zu zersetzen, zu spalten. Tonnenweise wurde Werbematerial der AKW-Industrie verbreitet, zahllose Fernseh- und Rundfunksendungen sollten die Werktätigen für das Atomprogramm der Regierung gewinnen. SPD, FDP und CDU/CSU verabschiedeten Energieprogramme, die allesamt den AKW-Bau ins Zentrum rücken. Die DGB-Führung schmiedete sich der Lügenpropaganda, die AKWs dienen der Sicherung der Arbeitsplätze. Die Klassengerichte wurden eingespannt, um einzelne AKW-Gegner willkürlich zu hohen Gefängnisstrafen zu verurteilen, wie zuletzt die Prozesse in Hannover und wie die bevorstehenden Prozesse gegen Jens Scheer und Uli Lenze wegen „Rädelsführerschaft“ am 13. November 76 in Brokdorf (und angeblichem Sachschaden von 330 000 DM) lehnen. Schließlich haben auch die DKP-Führer, geschworene Verfechter des Atomprogramms der Schmidt-Regierung, das ihrige dazu getan, um innerhalb der Anti-AKW-Bewegung Zersetzungs- und Spaltungsarbeit zu leisten.

Schmidt, Lambsdorff und Konsorten hoffen, daß diese Arbeit erfolgreich für sie gewesen ist. Sie glauben, jetzt die Verwirklichung ihres Energieprogramms in schnellen Zügen durchsetzen zu können. Wo die eigenen Gesetze der Bourgeoisie im Wege stehen, sollen sie beseitigt werden. Änderungsentwürfe liegen schon in den Schubladen. Die Bourgeoisie setzt auf die Kriminalisierung und schließlich auf die Isolierung des Widerstands. Sie setzt auf die Gewalt des Staatsapparats.

Aber sie wird vergeblich darauf setzen, wenn die Anti-AKW-Bewegung es versteht, aus ihren positiven und negativen Erfahrungen die Lehren zu ziehen und auf dieser Grundlage ihren Kampf fortsetzt.

● Wenn sie anknüpft und festhält an dem, was die AKW-Gegner trotz unterschiedlicher Auffassungen in vielen Fragen verbindet: Der entschiedenen Ablehnung des volksfeindlichen Energieprogramms der Schmidt-Regierung und dem Bewußtsein, daß man sich im Kampf dagegen auf die eigenen Kräfte stützen, daß man den Kampf auch außerhalb der bürgerlichen Gesetze und Gerichte führen muß.

● Wenn die Anti-AKW-Bewegung anknüpft an den Erfahrungen des gemeinsamen Kampfs von Anhängern verschiedenster politischer und weltanschaulicher Positionen, von Arbeitern und Bauern, Werktätigen und Intellektuellen, Umweltschützern, Demokraten und Kommunisten. Denn gerade aus der Verwirk-

lichung und Verteidigung dieses breiten Bündnisses hat die Anti-AKW-Bewegung bisher ihre Stärke und ihren langen Atem bezogen.

● Wenn sie festhält an dem klaren Blick für den Feind, den sie im Kampf gegen die Taktik der Bourgeoisie und ihren Staatsapparat gewonnen hat.

● Wenn sie sich nicht täuschen läßt durch die DKP-Führer, die sich in die Anti-AKW-Bewegung eingeschlichen haben, um sie von innen heraus zu zersetzen und zu spalten (wie das Beispiel der Spaltdemonstration von Itzehoe im Februar 1977 lehrt).

● Aus der Spaltung der BUU in Hamburg, wie aus den verschiedenen Versuchen unterschiedliche zentralisierende Strukturen in der Anti-AKW-Bewegung zu entwickeln, sei es seitens des BUU, sei es seitens des KB oder autonomer Gruppen, statt Formen einer demokratischen Zentralisierung der gesamten Bewegung zu schaffen, die Erfahrungsaustausch, Diskussion und Auseinandersetzung zwischen allen Bürgerinitiativen ermöglichen.

● Aus den Versuchen, der Anti-AKW-Bewegung Konzepte aufzuzwingen, die vom Kampf gegen das Atomprogramm der Schmidt-Regierung im ganzen ablenken und auf eine Unterstützung der „Atomwaffensperrvertragspolitik“ der modernen Revisionisten hinführen sollen, wie das bei der Almelo-Demonstration zum Ausdruck kam. Daß mit der Almelo-Demonstration wichtige Grundlagen des gemeinsamen Kampfes verlassen wurden, daß sie deshalb zu einem Rückschlag für die Anti-AKW-Bewegung geführt hat, ist heute offensichtlich.

Auch aus den bisherigen Erfahrungen der Solidaritätsbewegung mit den Angeklagten (und Verurteilten) in den Grohnde-Prozessen müssen wir lernen. Denjenigen Kräften, die den AKW-Gegnern, die der Staatsapparat herausgreift, die er isolieren und kriminalisieren will, ihre Solidarität versagen wollen, muß mit großer Entschiedenheit entgegengetreten werden. (Dies muß auch dem KB gesagt werden, der jammert, an den Solidaritätsdemonstrationen – wie der in Hannover am 25. Februar – hätten weniger teilgenommen als die, die „mit in Grohnde waren“ und verschweigt, daß er selbst gegen diese Demonstration gearbeitet hat? Hofft er, auch darüber würde Gras wachsen – wie über seine Haltung vor der Demonstration in Brokdorf im Februar letzten Jahres, wo er in letzter Minute, angesichts des Verbots, vorzuschlug, die Demonstration abzubauen?)

### Woher kommt der Rückschlag der Almelo-Demonstration?

Die Selbstzufriedenheit, die Schmidt, Lambsdorff und Konsorten zur Schau stellen, ist freilich nicht ganz ohne Grund. Denn tatsächlich ist die Situation für die Monopolbourgeoisie und die Schmidt-Regierung heute etwas günstiger als noch vor einem halben Jahr. Das liegt nicht

darin, daß eine große Zahl von Bürgerinitiativen, daß Demokraten und Kommunisten sich anstrengten, gemeinsam die Solidarität mit den Grohnde-Angeklagten zu organisieren, wie das der KB glauben machen will, der im „Arbeiterkampf“ vom 16. Mai die Solidarität mit den Angeklagten gegen den Kampf um die Verhinderung des Baus des Wiederaufbereitungs- und Atommüllprojektes Gorleben auszuspielen versucht. Es ist auch kein „Glück“ (wie das der „Arbeiterkampf“ bewertet), daß es zunächst zu keiner Einigung über Demonstration und Arbeitstreffen in Hannover kam, sondern das bedeutete den Verlust wichtiger Vorbereitungsarbeit, und das in einer Situation, in der die Bourgeoisie mit erhöhter Schnelligkeit an der Durchsetzung des Atomprogramms arbeitete.

Einen Rückschlag bedeutete nicht die Demonstration in Hannover, auch wenn es bei weitem nicht gelungen ist, eine wirkliche Verbreiterung der Solidaritätsbewegung zu erreichen, auch wenn diese Aufgabe jetzt erneut vor uns steht. Einen Rückschlag bedeutete die Almelo-Demonstration, bei der es den Verfechtern des Atomprogramms der Regierung gelungen ist, die vorhandenen unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung auszunutzen, an Haltungen anzuknüpfen, die den Kampf gegen das Atomprogramm mit genereller Fortschrittlichkeitsfeindlichkeit verbinden und so der „Abrüstungs“propaganda der DKP-Führer den Boden zu bereiten.

Im Aufruf zur Almelo-Demonstration wurde der Kampf gegen das volksfeindliche Atomprogramm der Schmidt-Regierung bis zur Bedeutungslosigkeit abgeschwächt und der Kampf gegen die atomare Bewaffnung als „Neuorientierung“ ausgegeben. Immer wieder wurde versucht, die Demonstrationen gegen die Grohnde-Prozesse gegen die Almelo-Demonstration auszuspielen, den Kampf gegen die Atombewaffnung gegen den Kampf um demokratische Rechte.

In diesem Zusammenhang gilt es selbstkritisch festzustellen, daß auch wir nicht genügend die Positionen der „Fortschrittsfeindlichkeit“, d. h. die Auffassungen kritisiert haben, die grundsätzlich von der Unbeherrschbarkeit der Kernenergie durch den Menschen ausgehen. Darüberhinaus sind wir nicht entschieden genug den Kräften entgegengetreten, die direkt oder indirekt das Atommonopol der Supermächte unterstützen. Die Kritik der Position und Taktik der DKP-Führer wurde nicht umfassend geleistet.

Wir halten es für notwendig, mit aller Kraft gegen die drohende faschistische Gefahr in der BRD zu kämpfen und für die vollständige Vernichtung aller Atomwaffen einzutreten. Unserer Meinung nach müssen die Supermächte damit anfangen, ihre Atomwaffenarsenale zu vernichten. Jede Atommacht muß öffentlich erklären, niemals Atomwaffen als erste einzusetzen (wie das die VR China getan hat, was aber die Supermächte Sowjetunion und USA verweigern). Atomwaffenfreie Zonen und Friedenszonen (wie

in Südamerika) müssen von den Imperialisten (und besonders den Supermächten) anerkannt werden. Wir schlagen eine breite Diskussion dieser Fragen in der Anti-AKW-Bewegung vor. Es wäre aber falsch, die gesamte AKW-Bewegung von vornherein auf den Kampf gegen Atomwaffen zu verpflichten. Entschiedener Kampf muß dagegen den Versuchen der DKP-Führer angesagt werden, die die Zustimmung zum Atomwaffensperrvertrag zu einem Bestandteil der Anti-AKW-Bewegung machen wollen, die eine Politik verfolgen, die dem Atommonopol der Supermächte dient. Die Moskauer Zeitung „Neue Zeit“ hat vor

einer Zeit offen dargelegt, wie die Sowjetunion sich das vorstellt:

„Konzentriert man die Uranaufbereitungsbetriebe sowie Betriebe zur Verarbeitung des in AKWs angestrahlten Kernbrennstoffs und zur Verwendung radioaktiver Rückstände in eigens dazu bestimmten Orten der Erde, so würde das die Produktion, effektiver und wirtschaftlicher machen, die schädliche Strahlenwirkungen auf Menschen und Umwelt beseitigen und zweifellos eine zuverlässige Kontrolle der Nichtverbreitung von Atomwaffen garantieren. Die Sowjetunion ist ein solches Zentrum und übernimmt die Verpflichtung, aufbereitetes Uran zu liefern sowie angestrahlte Brennstoffe aus den Atomkraftwerken, die mit sowjetischer Hilfe in anderen Ländern entstehen, zu verarbeiten.“

Die Abhängigkeit von der Sowjetunion wird da als einzige Alternative gepriesen. Am meisten käme es den Vorstellungen der Sozialimperialisten entgegen, wenn jede Form von Forschung, weiterer Entwicklung von Atomtechnologie, verhindert würde (ausgenommen in der Sowjetunion selbst versteht sich). Kommt einer solchen Politik eine generelle Fortschrittsfeindlichkeit nicht gerade zupass? Ist es verwunderlich, daß die DKP-Führer sich den kleinbürgerlichen Traum vom „zurück zur Natur“ zunutze zu machen versuchen? Dabei spielen die DKP-Führer natürlich ein Doppelspiel. Innerhalb der Anti-AKW-Bewegung versuchen sie solche Stimmungen auszunutzen und zu schüren, unter den Arbeitern und in den Gewerkschaften setzen sie dagegen häufig das Argument ein, daß Atomkraftwerke den Fortschritt, eine neue Technik, repräsentieren würden – aufgrund der Gefahren möglicher Atombewaffnung sei aber ihre Anwendung nur in den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ möglich. Die DGB-Führer sehen denselben Fortschritt im Atomprogramm der Schmidt-Regierung verwickelt, ganz abgesehen von der Schmidt-Regierung selbst.

DKP-Führer, Schmidt-Regierung und Gewerkschaftsführung spielen sich also einträchtig als Verteidiger der modernen Produktivkräfte auf, die den Ansturm verspinnener Weltverbesserer und Maschinenstürmer aufzuhalten hätten.

Aber es sind nicht die AKW-Gegner, die gegen den Fortschritt sind, sondern das Atomprogramm der



Schmidt-Regierung (und ebenso die kapitalistischen Atomprogramme Breschnews und Honeckers) stehen einer wirklichen Sicherung der Energieversorgung und der Entwicklung alternativer, umweltfreundlicher Methoden der Energiegewinnung im Wege. Es liegt nicht an unserer Haltung zur Atomenergie an sich, daß wir dem Atomprogramm der Schmidt-Regierung entgegengetreten. Denn die Atomenergie ist eine Produktivkraft, die sicher in der einen oder anderen Form für die Energiegewinnung der Menschheit in der Zukunft eine Rolle spielen wird. Die immer tiefere Erkenntnis der Naturgesetze hat die Menschheit in den Stand versetzt, Kräfte für ihre Zwecke zu nützen, die stärker, schwieriger zu handhaben sind, als alles bisher bekannte und die Menschheit hat es immer gelernt, mit diesen Kräften fertig zu werden. Aber sie kann es nicht lernen unter den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen, wo einzig der Profit, das Verwertungsinteresse des Kapitals, bestimmt, was, wie produziert und was geforscht wird. „Gegenüber der Natur wie der Gesellschaft kommt bei der heutigen Produktionsweise“ wie Friedrich Engels gesagt hat (Dialektik der Natur), „nur der erste handgreiflichste Erfolg in Betracht; und dann wundert man sich noch, daß die entferntesten Nachwirkungen der hierauf gerichteten Handlungen ganz andere, meist entgegengesetzte sind, daß die Harmonie von Nachfrage und Angebot in deren polaren Gegensatz umschlägt.“ Unter imperialistischen Bedingungen wird die Entwicklung der Energieressourcen nicht beschleunigt, sondern aufgehalten und das gilt für die BRD ebenso wie für die DDR und für USA und Sowjetunion. Die Zeit ist überreift, um solchen gesellschaftlichen Verhältnissen Platz zu machen, in der die Verhältnisse einem genauen Studium der Gesetzmäßigkeiten der Natur und der Gesellschaft und der bewußten Anwendung dieser Gesetze nicht im Wege stehen, sondern sie fördern. In welcher Form und in welchem Ausmaß die Atomenergie eingesetzt werden kann, werden dann die Produzenten selbst aufgrund einer klaren Einschätzung der Möglichkeiten der Beherrschung der unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen der Energieproduktion bestimmen. (Diese Frage konnte hier nur kurz angesprochen werden. Die ROTE FAHNE wird sich in der nächsten Zeit eingehender mit den Fragen einer materialistischen Haltung zur Frage der Energiegewinnung auseinandersetzen.)

### Das Atomprogramm der Regierung ist menschenfeindlich

Das Atomprogramm der Schmidt-Regierung ist keines, das der Förderung der Entwicklung der Produktivkräfte dienen könnte, im Gegenteil, es legt ihnen Fesseln an. Es ist ein menschenfeindliches Programm, das bewußt einkalkuliert:

● Daß die Erhöhung der Radioaktivität in der unmittelbaren Nähe der AKWs zu Krankheiten und Gebrechen, wie Krebsanfälligkeit, Leu-

kämie, Genmutationen (Veränderung der Erbanlagen) führt, die oft nicht unmittelbar und offen auftreten, sondern sich zum Teil erst bei späteren Generationen voll auswirken werden;

● daß Unfälle in einer Größenordnung nicht ausgeschlossen werden können, die mit dem Tod von Hunderttausenden von Menschen verbunden sind;

● daß die Gefährdung der Arbeiter, Techniker und Ingenieure, die in den AKWs oder in den Aufbereitungsanlagen arbeiten, daß Maß der Gefährdung in anderen Energiewerken um ein vielfaches überschreitet;

● daß die Veränderung des Klimas, der Wassertemperaturen der Flüsse in der unmittelbaren Nähe der AKWs die elementaren Arbeits- und Lebensbedingungen der Bauern zerstört;

● daß „Folgeeinrichtungen“ wie Atommülldeponien und Wiederaufbereitungsanlagen eingerichtet werden müssen, die ein vielfaches der Radioaktivität an die umgebende Luft abgeben, wie alle AKWs in der BRD zusammengekommen;

● daß die BRD von „schlafenden Atombomben“ übersät wird. Denn jedes AKW, jede Wiederaufbereitungsanlage ist eine mit konventionellen Waffen zu zündende Superatommine, die im Falle eines Aggressionskrieges der Supermächte nicht beseitigt werden kann. (Entgegen den Behauptungen der Atomindustrie bieten die Betonumhüllungen von 60 bis 100 cm keinen ausreichenden Schutz. Schon im zweiten Weltkrieg wurden Wandsfärken von 80 cm durchschlagen.)

Die angebliche Unabhängigkeit in der Energieversorgung, von der die Schmidt-Regierung spricht, führt in Wirklichkeit in die direkte Abhängigkeit von den beiden Supermächten, die heute und auf absehbare Zeit die einzigen Länder sind, die angereichertes Uran liefern können.

Das Atomprogramm der Schmidt-Regierung ist ein Energieprogramm des Rückschritts und des Zerfalls, ein Programm des wirtschaftlichen und politischen Chaos, ein Programm der Menschenverachtung und der besinnungslosen Profitgier, es ist ein Koloss auf tönernen Füßen.

Die Schmidt-Regierung hofft darauf, dieses menschenfeindliche Atomprogramm jetzt endlich realisieren zu können. Die genauen Pläne dafür liegen längst in den Schubladen. Als nächster Schritt soll das „Gorleben-Projekt“ realisiert werden.

(Lambsdorff: „Wenn ich davon ausgehe, daß in diesem Jahr die ersten konkreten Maßnahmen für das Projekt Gorleben beginnen, bin ich überzeugt, daß die von der Politik für notwendig gehaltenen und von den Gerichten geforderten Entsorgungsvoraussetzungen sämtlich erfüllt werden können.“)

Erst Gorleben, dann Schlag auf Schlag das gesamte Atomprogramm. Aber die Hoffnungen der Schmidt-Regierung werden vergeblich sein, wenn es den Bürgerinitiativen gelingt, sich über die nächsten Aufgaben im Kampf zu verständigen, wenn sie den Plan der Bourgeoisie ihren eigenen Plan entgegensetzt.

### Was schlagen wir vor?

Unserer Meinung nach muß dazu auf der kommenden Arbeitstagung in Hannover vor allem über folgendes beraten werden:

Erstens: Der Kampf muß verstärkt gegen das Atomprogramm der Schmidt-Regierung im ganzen gerichtet werden. Versuchen der Zersplitterung der Bewegung, wie sie sich auch in der Almelo-Demonstration ausdrückten, muß entgegengetreten werden. Wo sind die schwachen Kettenglieder des Atomprogramms der Schmidt-Regierung und wo sind die Konzentrationspunkte unseres Kampfes? Wie verbinden wir die Konzentration auf die schwachen Kettenglieder mit der Arbeit in die Tiefe, die von den einzelnen Bürgerinitiativen geleistet werden muß? Wie verstärken wir die Arbeit in der Umgebung der AKWs, wie vergrößern wir die Zahl der Arbeiter und Bauern, die in den Reihen der Anti-AKW-Bewegung kämpfen? Unserer Meinung nach werden Konzentrationspunkte des Kampfes in nächster Zeit vor allem Gorleben und Brokdorf (wenn der „Baustopp“ aufgehoben wird).

Zweitens: Es kommt darauf an, zu den Versuchen der DGB-Führung entgegenzutreten, die Arbeiter von unserem Kampf abzuspalten. Die Widerlegung des Arguments, Atomenergie sichere Arbeitsplätze, muß besondere Sorgfalt gewidmet werden. Auf die positiven Ansätze der Gewerkschafterinitiative in NRW und des „Aktionskreises Leben“ muß mehr Gewicht gelegt werden, positive Beispiele müssen propagiert werden. Anti-AKW-Gruppen in den Gewerkschaften und Bürgerinitiativen müssen zusammenarbeiten.

Drittens: Die Bewegung darf ihre Aufgaben im demokratischen Kampf nicht vernachlässigen. Der Politik der Kriminalisierung von AKW-Gegnern muß entschieden entgegengetreten werden. Das Recht auf Demonstrationen auf und an den AKW-Bauplätzen muß weiter verteidigt werden. Es ist notwendig, gegen Stimmungen in der Bewegung anzukämpfen, die den demokratischen Kampf mißachten und die Bedeutung der Solidarität mit verfolgten AKW-Gegnern geringschätzen. Würde solchen Stimmungen nachgegeben, so würden sie zu Zersetzung der Bewegung führen und die Anti-AKW-Bewegung von einem Großteil derjenigen, die sich für demokratische Rechte einsetzen, isolieren. Auf den demokratischen Kampf innerhalb der Anti-AKW-Bewegung einen Schwerpunkt zu legen, engt die Breite des Zusammenschlusses nicht ein, wie einige Leute behaupten, es ermöglicht ihr vielmehr, sich auch mit Kräften zusammenzuschließen, für die der Kampf gegen das Atomprogramm nicht im Vordergrund steht, die aber entschieden der wachsenden faschistischen Gefahr in der BRD entgegengetreten.

Viertens: Das Arbeitstreffen sollte zu einem Ausgangspunkt verbesserter Entwicklung demokratischer Strukturen innerhalb der Anti-AKW-

Bewegung werden. Der Austausch von Erfahrungen und Informationen muß vertieft, die Auseinandersetzung über strittige Fragen muß im Rahmen einer solidarischen Diskussion ermöglicht werden. Versuche durch einzelne Organisationen, den Informations- und Erfahrungsaustausch zu monopolisieren, müssen kritisiert werden. Positive Ansätze

wie der Info-Dienst in Nordrhein-Westfalen sollten ausgebaut werden. Wir schlagen vor, auf dem Arbeitstreffen über Zeitpunkt, Ort und Vorbereitung einer weiteren Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen zu beraten.

Fünftens: Die Anti-AKW-Bewegung muß sich größere Klarheit darüber verschaffen, wer ihre Freunde und wer ihre Feinde sind. Innerhalb der Bewegung muß der Kampf gegen den modernen Revisionismus und gegen jede Form von selbsternannten Sprechern der Bewegung verstärkt werden.

Werden Demonstration und Arbeitstreffen in Hannover ein Erfolg, das ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen den Plan der Regierung, das Atomprogramm jetzt beschleunigt zu verwirklichen, getan.

**Das Atomprogramm Schmidt-Regierung muß fallen!**

*aus Rote Fahne Nr. 22/78*



# Lüchower Bürger fühlen sich von Atomindustrie hinters Licht geführt

Ärger nach den ersten Grundstücksverkäufen in Gorleben / CDU-Bürgermeister Kraak klagt über erpresserischen Druck

Von Hans-Peter Sattler

Lüchow

Geschlagene zweieinhalb Stunden hielt es Fritz Kraak auf seinem Stuhl im Lüchower Gildehaus. Dann schritt der CDU-Bürgermeister der kleinen Gemeinde Trebel entschlossen zum Mikrofon. Seine ersten Worte, erregt herausgepreßt, ließen die 250 Leute in dem von Fernsehscheinwerfern ausgeleuchteten Saal verstummen. Mit rotem Kopf schilderte er in knappen Sätzen den Ablauf der bisherigen Kauf- und Verkaufsverhandlungen für die Grundstücke, auf denen die „Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen“ (DWK) bei Gorleben das gigantische Atommüll-Zentrum errichten will. Dann brach es aus ihm heraus. Die abgeschlossenen Verträge mußten annulliert werden, schrie er unter tosendem Beifall, weil sie unter erpresserischem Druck der DWK und unter falschen Voraussetzungen abgeschlossen worden seien. Sprach's, atmete tief durch und ging zurück an seinen Platz im Saal.

Das Forum der SPD in Lüchow, wo das Stichwort Atommüll jedes Gespräch beherrscht, hatte seinen ersten Höhepunkt erreicht. Bundesforschungsminister Volker Hauff, der als erstes Bonner Kabinettsmitglied in diesen von Zukunftsangst geschüttelten Landkreis gekommen war, erlebte erstmals hautnah, was man in der abgelegenen Nordostecke der Bundesrepublik denkt. Er machte sich Notizen, besprach sich mit seinen Beratern und eilte nach dem Ausbruch Kraaks, der der Bundesregierung die

Unterstützung des Vorgehens der DWK vorhielt, ans Telefon um in Bonn zusätzliche Informationen einzuholen. Aber noch ging Hauff, der sich eingangs nun mit einigen allgemeinen Sätzen zu den Problemen der Energieversorgung geäußert hatte, nicht zum Podium, um seine Haltung zu verdeutlichen. Dort blieben die Experten und Interessenten weiter unter sich: Carsten Salander, der Sprecher der DWK, oder Helmut Schmieder vom Kernforschungszentrum Karlsruhe, der Bremer Kernenergie-Kritiker Prof. Dieter von Ehrenstein und Marianne Fritzen, die unermüdliche, engagierte Sprecherin der Lüchower Bürgerinitiative.

Nicht die Fachleute, nicht der Minister, nicht die verborgenen Kernkraftgegner des Hamburger „Kommunistischen Bundes Westdeutschland“ oder die nicht minder engstirnigen Kernkraftbefürworter von der „Europäischen Arbeiterpartei“, sondern der stille Fritz Kraak war zu diesem Zeitpunkt zur Zentralfigur des Forums geworden. Seine Darstellung eines beinahe nebensächlichen Vorgangs, des Wechsels von Eigentümern an Grundstücken, wurde gleichsam zu einer Momentaufnahme des in der Lüchower Bevölkerung wachsenden Gefühls der Hilf- und Wehrlosigkeit gegen eine übermächtige und wohl auch unausweichliche Entwicklung. „Uns wurde von der DWK immer wieder gesagt, daß es nie wieder ein neues Angebot und vermutlich Enteignungsverfahren geben werde, wenn die auf wenige Tage befristeten Kaufangebote nicht angenommen würden. Die Bundesregierung

hat dazu ihre Rückendeckung gegeben“, rief Kraak aus, den eine Äußerung Salanders elektrisiert hatte, daß Enteignungen ja erst dann möglich würden, wenn das öffentliche Interesse an der Anlage festgestellt sei. Seine Forderung, die Verträge müßten annulliert werden, weil sie unter falschen Voraussetzungen und zudem unter erpresserischem Druck zustande gekommen seien, ging schon fast unter in der lärmenden Zustimmung des Publikums.

Was sollte Salander auf seinem verlorenen Posten dazu sagen? Unter Gelächter, versteht sich, berief er sich darauf, daß die DWK ja nicht ihr eigenes Wohl, sondern doch nur das der Allgemeinheit im Auge habe. Sie wolle die ihr bei der Energieversorgung zugefallene Aufgabe lösen und habe sich mit den Grundstückskaufen rechtzeitig einen Überblick verschaffen wollen über das ihr zur Verfügung stehende Areal. Es habe keine Erpressung gegeben, mancher Eigentümer habe sogar gesagt, das Preisangebot sei zu hoch, und er wolle zu diesem Preis nicht verkaufen. Und schließlich: „In einer freien Wirtschaft steht es jedem frei, ein Angebot zu machen, und jedem anderen, ein Angebot auszuschlagen.“ Die Vokabel „Unverschämtheit“ war das Harmloseste, was ihm darauf aus dem Publikum an Zurufen zuteil wurde.

Als Hauff endlich, es war schon spät geworden, auf das Podium ging, hatte sich die Erregung wieder gelegt. In seinem gemächlichen süddeutschen Dialekt zeichnete er in groben Zügen das Bild einer

Energiepolitik, die wegen der in den 80er Jahren drohenden weltweiten Energieverknappung schon jetzt umgelenkt werden müsse. Neue Energietechnologien müßten in industrielle Massenproduktion gehen, die heimische Kohle habe bei der Energieversorgung Vorrang. Kernenergie dürfe nur so wenig wie möglich genutzt werden. Erst der Zwischenruf „Aber wir wollen hier keinen Dreck“ brachte ihn zu dem Thema, das im Gildehaus allein interessierte. Ohne Umschweife erklärte Hauff, er, die Bundesregierung und die SPD seien aus ökologischen und ökonomischen Gründen für den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage, die für die Zukunft selbst dann erforderlich sei, wenn keine neuen Kernkraftwerke mehr in Betrieb genommen würden. Ein Zurück zur Natur ohne Kernenergie könne für den Einzelnen ein gangbarer Weg sein, er verbiete sich aber für die verantwortlichen Politiker und die Gesellschaft, da dies einen Schritt in die Armut bedeute.

Die Offenheit Hauffs, der offenließ, ob Gorleben der endgültige Standort wird und geschickt einflucht, daß er selber erst über die frühere Atom-Jod-Bewegung zur Politik gekommen sei, mag den 250 Leuten im Gildehaus mehr imponiert haben als seine Argumentation. Ein Betrunkenheit hat sicherlich weder das eine noch das andere mitbekommen. Fritz Kraak war längst gegangen und hörte nicht mehr, daß der milde Zecher seinen ständigen Zwischenruf „Der hat ja keine Ahnung“ schließlich nur noch zu lallen vermochte.



**P r e s s e m i t t e i l u n g**

Der geschäftsführende Vorstand des BBU trat am Montag, dem 15. Mai 1978, in Gorleben zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um sich im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen am 4. Juni mit dem Abbau demokratischer Rechte durch die Nutzung der Atomenergie in der Bundesrepublik Deutschland und den hieraus zu ziehenden umweltpolitischen Konsequenzen zu befassen. Zuvor hatte er sich zwei Tage lang durch Bürger der Region über die gegenwärtigen Verhältnisse ausführlich informieren lassen. Als Ergebnis sind folgende Feststellungen zu treffen:

1. Die Vorkommnisse um den Bau der Wiederaufbereitungsanlage und der Atommülldeponie, die Bspitzelung der Bevölkerung durch private Wachkommandos, erpresserische Methoden der DWK beim Einkauf der für die Wiederaufbereitungsanlage vorgesehenen Flächen mit vielfach überhöhten Kaufpreisangeboten und der Drohung der Enteignung sowie die völlig unbegründete Diffamierung von Bürgern mit zweitem Wohnsitz als Linksextremisten, die "die Schlacht um Gorleben" (Albrecht) vorbereiten, lassen einen allmählichen und systematischen Abbau demokratischer Rechte befürchten.
2. Die Absicht der Bundesregierung, bei der Genehmigung von atomtechnischen Anlagen künftig das Planfeststellungsverfahren zu streichen, nimmt Gemeinden und Landkreisen die Möglichkeit, von ihrem Recht des Einspruchs Gebrauch zu machen. Dies trifft in letzter Konsequenz den Bürger.
3. Alle Bedenken der Bevölkerung, der Umwelt-, Natur- und Lebensschutzverbände sowie qualifizierter Wissenschaftler gegen den Ausbau der Atomenergie sind bisher von den drei großen Parteien CDU/CSU, SPD und FDP unbeachtet geblieben.

Der geschäftsführende Vorstand des BBU empfiehlt daher allen kritischen Bürgern und den Mitgliedern von Bürgerinitiativen, im Interesse der Erhaltung und des Fortbestandes unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung am 4. Juni nur solchen Kandidaten die Stimme zu geben, die die Gewähr hierfür bieten und darüber hinaus sich öffentlich und eindeutig gegen das Atomprogramm der Bundesregierung aussprechen. Insbesondere die Jugend, die ein legitimes Interesse an der demokratischen Weiterentwicklung unseres Staates hat, ist aufgerufen, am 4. Juni zu wählen und ihr Wahlverhalten an den obengenannten Aspekten zu orientieren, weil es ums Überleben und um eine gesunde Zukunft geht.

der geschäftsführende Vorstand  
des BBU

Sachinfor: oni Martin Mombauer, der Spitzenkandidat der GLU ist  
Vorstandsm. - glied des BBU.



## Hartes Ringen um Fristen und Bedingungen

## Erst 34 haben bedingungslos verkauft

DWK hat die entscheidenden Grundstücke um Gorleben noch nicht erwerben können

Von Dieter Tasch

Lüchow/Hannover

Der Versuch, unter hartem Druck und in kürzester Frist das vorläufig als Standort für die geplante atomare Wiederaufarbeitungsanlage vorgesehene Gelände im Kreis Lüchow-Dannenberg zu erwerben, ist gescheitert. Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen in Hannover (DWK) ist bisher nicht im Besitz der entscheidenden zentral gelegenen Grundstücke. Sie mußte bereits die Verhandlungsfrist bis zum 16. Juli verlängern. Ihre Methoden haben jedoch die denkbar schlechteste Stimmung in der Bevölkerung hervorgerufen, die nicht nur gegen die DWK, sondern auch gegen die Bundes- und Landesregierung aufgebracht ist.

Das hat auch die Arbeitsgruppe Forschung und Technologie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu spüren bekommen, die am Donnerstag und Freitag den nordöstlichen Zipfel Niedersachsens bereist. „Was wollen die jetzt noch hier“, fragte ein prominenter örtlicher CDU-Vertreter empört, „die hätten vor Wochen kommen müssen.“

Dieser Vorwurf, keinen Beistand gegeben zu haben, als die DWK den Landverkauf bis zum 2. Mai erzwingen wollte, wird auch gegenüber der Landesregierung in Hannover und der Bundesregierung laut. „Die haben uns alle hängen lassen“, klagt der Landwirt Heinz-Horst Gauster in Marleben.

Der Bürgermeister der am meisten durch die Anlage betroffenen Samtgemeinde Trebel, zu der auch Marleben gehört, Fritz Kraak, suchte, unterstützt von dem CDU-Bundestagsabgeordneten Horst Schröder, vier Bonner Ministerien auf. „Überall habe ich gehört, das Vorgehen der DWK werde nicht gebilligt, aber keiner hat etwas dagegen unternommen.“

Die DWK hatte anscheinend geglaubt, die Grundstückseigentümer überrollen zu können. Am 22. März schickte der DWK-Vorstand in Hannover an alle 62 im Grundbuch eingetragenen Eigentümer des rund 12 Quadratkilometer großen Geländes

zwischen Trebel, Gorleben und Gartow die Aufforderung, mit ihm bis zum 2. Mai einen Kaufvertrag abzuschließen. Der fertige Vertrag, in den nur noch Daten und Unterschrift einzusetzen waren, wurde gleich beigelegt. Schlichte Gemüter, die nicht jeden Tag notarielle Verträge in den Händen halten, mußten aus dem Notarswappen, dem springenden Niedersachsenroß, auf einen amtlichen Charakter des Dokuments schließen.

Einer der Grundstückseigentümer unterschrieb sofort. Sein Anwesen sollte, das war kreisbekannt, zwangsversteigert werden. „Der hat doch nur auf den warmen Regen aus Hannover gewartet“, heißt es. Damit und mit den Unterschriften einiger anderer Landbesitzer hatte die DWK eine Bresche in die Front der Eigentümer geschlagen, die sich zuvor in einem Verein zusammengeslossen hatten.

Wer verkauft hatte, konnten die Bewohner der Dörfer bald feststellen, obwohl die DWK heute noch nicht einmal genaue Zahlen nennen will. Denn vor verschiedenen Häusern führen in regelmäßigen Abständen Fahrzeuge mit Stader Kennzeichen vor. In ihnen saßen zivil gekleidete Männer, die sich mancherorts als Polizisten ausgegeben haben sollen. Die Männer gehörten dem Wach- und Kontrolldienst Wachkommando Nord aus Stade an, einem Privatunternehmen, das von der DWK angeheuert worden war.

Mehrere Bewohner beschwerten sich beim Bürgermeister Kraak über die Wachmänner, durch die sie sich belästigt fühlten. Von ihrem Auftrag hatte die DWK weder die Gemeinden noch den Kreis unterrichtet. „Ich kann mir vorstellen, daß tatsächlich einige der Eigentümer, die als erste verkauften, die DWK um Schutz gebeten hatten“, meinte Kraak.

Wann und wo sich der verbliebene harte Kern der Grundstückseigentümer trifft, wird öffentlich nicht mehr gesagt. Sie möchten unter sich erst einmal klären, wie sie gegenüber der DWK weiter vorgehen wollen. Von den 62 Eigentümern haben bisher nur 34 bedingungslos verkauft. Acht

haben ein Rücktrittsrecht vom Kaufvertrag innerhalb von sechs Wochen, zehn eine Fristverlängerung ausgehandelt, wobei diese Frist jedoch von unterschiedlicher Dauer ist.

Am Tag vor Ablauf des DWK-Ultimatums rangen am 1. Mai etwa 25 der Eigentümer sieben Stunden lang mit den DWK-Vorstandsmitgliedern Günther Scheuten und Carsten Salander über die Verträge. „Wir hatten die Faust des Terminablaufs im Nacken“, berichtet Kraak. Zugestanden wurde lediglich eine Fristverlängerung bis zum 16. Juni, und nur, um in dieser Zeit über fünf zusätzliche Punkte, nicht aber mehr über den eigentlichen Vertrag zu verhandeln. Gerade den Landwirten unter den Eigentümern sind diese Punkte jedoch wichtig, weil zum Beispiel die Frage des Ausgleichs von Folgeschäden bei einem Bau der Atomanlage bisher mit keinem Satz geregelt ist.

Die Dauersitzung fand am 1. Mai beim Vorsitzenden des Eigentümervereins statt, im Schloß Gartow des Grafen Andreas von Bernstorff. Für ihn brachte der Maiabend eine Überraschung. Als Scheuten sich von Bernstorff verabschiedete, „zwischen Tür und Angel“, in Abwesenheit der anderen Eigentümer, gestand er Bernstorff als einzigem eine Frist bis zum 16. Juli zu.

„Damit will die DWK uns auseinanderbringen“, kommentiert Kraak. Bernstorff ist mit ungefähr 600 Hektar der größte unter den Eigentümern. Rund 26 Millionen Mark hat die DWK ihm geboten, bei 4,10 Mark pro Quadratmeter wie den anderen auch. Entscheidend ist jedoch, daß die Bernstorffschen Flächen den zentralen Bereich des vorgesehenen Geländes einnehmen.

Bernstorff hat öffentlich von Anfang an erklärt, er werde sein Land nicht verkaufen. Dabei ist er bisher geblieben. Er kann sich in seiner Haltung durch die der Kirche bestärkt sehen, deren Patronatsherr er ist. Weder die Kapellengemeinde Gorleben noch die Kirchengemeinde Gartow, so haben ihre Vorstände zu Protokoll gegeben, den ihre Grundstücke an die DWK verkaufen

+ eilt + eilt + eilt + eilt + eilt + eilt + eilt + eilt +

## letzte Meldung:

Die Bauern und andere Grundeigentümer in und um Gorleben tragen ganz dringend und schnell die breite und solidarische Unterstützung der gesamten Anti-AKW-Bewegung in der BRD und über die Grenzen hinaus - und zwar schon jetzt und sofort! WAA RUM 2

Wie ihr aus nebenstehenden Zeitungsartikeln erschen könnt haben die Betreiber (DWK) mit Unterstützung der Bundesregierung und der Nds. Landesregierung die anwesigen Bauern und Grundbesitzer, die sich zum "Interessenverein Naturschutz und Umweltschutz Gorleben" zusammengeschlossen haben, derartig eingeschüchert, erpreßt und unter Druck gesetzt, daß quasi alle Bauern bis zum ultimativ gesetzten Verkaufsstermin (02. Mai 1978, 24.00 Uhr) die Teile ihres Landes, die für das 12 km<sup>2</sup> große Gelände der Waa vorgesehen sind, verkauft haben. Der DWK konnte dies nur gelingen, weil diese Bauern am Rande des Existenzminimums ihr Land bewirtschaften und allein auf sich gestellt niemals die angebotenen Entschädigungsverfahren (bei ca. 20.000,- DM Prozentsatz pro Landwirt) durchsetzen können - und die bisher noch nicht mit der breiten Unterstützung der Anti-AKW-Bewegung rechnen konnten!

Noch ist es nicht zu spät - aber die Zeit drängt sehr!!!

Bis zum 15. Juni 1978 können die Bauern noch von den erpreßten Verträgen zurücktreten. Damit sie sich aber zu diesem Schritt gemeinsam entschließen und die dann drohenden Entschädigungsverfahren ohne eigene Existenzangst durchsetzen können, brauchen sie unter aller moralische und vor allem materielle Unterstützung (harte DM) jetzt und sofort!!!

## DESKALIER:

- Schickt Solidaritätsbriefe mit Ankündigung von Unterstützung und Aufforderung zum Durchhalten stellvertretend für alle erpreßten Bauern an: Landwirt Otto Ktaucke, 3131 Marleben Post Trebel tel. (05848) 468
- Sammel Geld und spendet selbst auf das Konto der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg Kreissparkasse Lüchow, Konto-Nr. 2060721, BLZ 25951436 mit dem Stichwort versehen: "Gorleben soll leben - kein Land an die DWK" (z.Hd. Rechtshilfe-Fond)

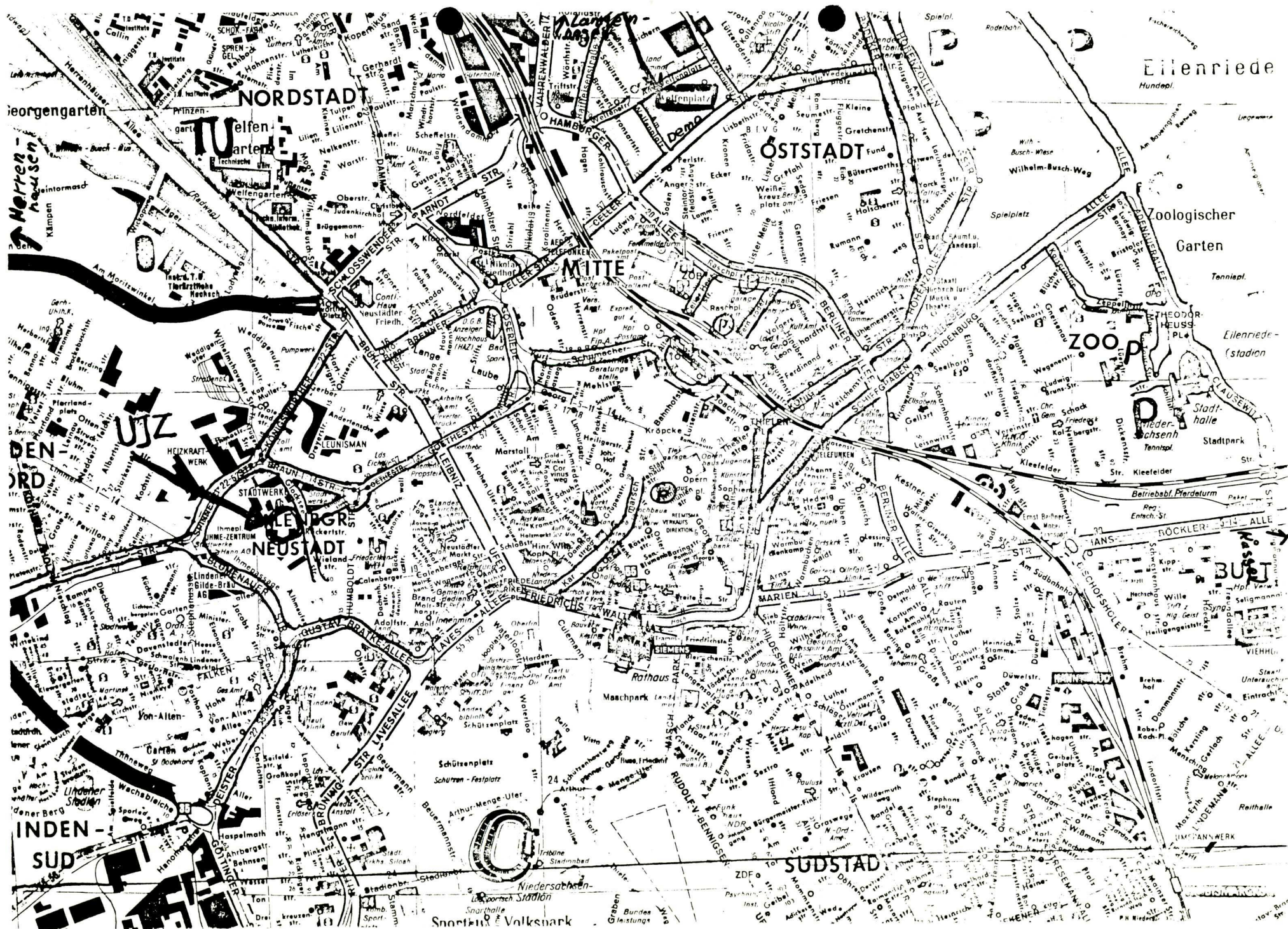
## Liebe AKW-Gegner,

die Ereignisse der letzten Zeit haben gezeigt, daß nur sehr wenige AKW-Gegner über das Geschehen in und um Gorleben gut und laufend informiert sind. Deshalb folgende Frage an Euch alle: Wart ihr bereit, ca. 3,-DM pro Monat zu investieren, um alle 14 Tage das Neueste über den Widerstand gegen die WAA bei Gorleben durch einen Rundbrief zu erfahren?

In Hannover und in Gorleben sollte sich zu diesem Zweck je ein Aktionskollektiv bilden, das ein realisierbares Konzept ausarbeitet und bei genügend Interesse eurerseits die Arbeit aufnimmt. Schreibt bitte umgehend eure Meinung zu diesem Projekt (egal ob Individuum oder 100-Personen-EG) an: Bürgerinitiative Umweltschutz e.V., Königstr.53 3000 Hannover 1, tel. (0511) 18023

Dieses Flugblatt, sowie weitere Berichte des NDR und der Frankfurter Rundschau zum Thema Gorleben und Grundstücksverkäufe könnt ihr schriftlich anfordern bei o.g. Bürgerinitiative Umweltschutz. Bitte ausreichend Rückporto beilegen.







ation

Zu den Parkmöglichkeiten:

wir haben keine Parkplätze reserviert, da das zu teuer ist. Auf dem Plan haben wir eingezeichnet, wo wahrscheinlich Parkmöglichkeiten vorhanden sind. Falls diese alle besetzt sein sollten, könnt ihr die Parkhäuser in der Innenstadt benutzen, die ebenfalls auf dem Plan markiert sind. Kostenfaktor: höchstens DM 4,50 pro Tag.

Die Busse sollten erst mal zum Welfenplatz fahren und die Leute dort aussteigen. Anschließend Bekanntgabe der Parkplätze.

Anfahrten per Autobahn:

Richtung Süden - Abfahrt Hannover-Herrenhausen

Richtung Norden/Osten - Abfahrt Hannover-Langenhagen

Richtung Frankfurt/Kassel - Hannover-Messe, Esso-Hotel.

An diesen Stellen könnt ihr euch Informationen holen.

Treff: Samstag, den 10.06.78, 10.00 Uhr - Welfenplatz

Kontaktadressen: Tel. 0511 - 31 91 82

Jugendzentrum Glocksee, Glockseestraße (Tel. 0511 - 18774) *am Wochenende*

Rechtsanwälte:

Plähn	Tel. 0511 - 45 60 26
Klawitter	Tel. 0511 - 45 32 43